



Stadt Oberasbach

**Niederschrift über die
öffentliche
Sitzung des Hauptverwaltungsausschusses**

Sitzungsnummer:	HVA/009/2021
Sitzungsdatum:	Montag, 13.09.2021
Beginn öffentlicher Teil:	19:00 Uhr
Ende öffentlicher Teil	20:22 Uhr
Ort, Raum:	Jahnhalle

Zur Sitzung des Hauptverwaltungsausschusses sind anwesend:

Name:

Bemerkungen:

Erste Bürgermeisterin

Huber, Birgit

HVA-Mitglieder

Fleischmann, Andreas

Anwesend ab TOP 2

Gerstner, Markus

Jäger, Christian

Kißlinger, Felix

Laaß, Holger

Schikora, Norbert, M.A.

Schöttner, Marie

Schramm, Stephan

Schwarz-Boeck, Jürgen, Dr.

Werner, Johann

Schriftführer/in

Fürchtenicht, Bernd

von der Verwaltung

Schlichting, Thorsten

Träger, Markus

abwesend sind:

Die Beschlussfähigkeit nach Art. 47 Abs. 2 GO ist gegeben.

TAGESORDNUNG:

I. Öffentlicher Teil

- 1 . Genehmigung der Niederschrift der öffentlichen Sitzung Nr. HVA 008/2021 vom 14.06.2021
- 2 . (Vor-)Beratung des Antrags der CSU-Fraktion auf Erlass einer Verordnung nach Art. 30 Abs. 1 LStVG
- 3 . Einführung eines Notdienstes der Stadt Oberasbach
- 4 . Mitteilungen
- 4.1 . Sachstand zum Grundsatzbeschluss zur Beschaffung von zwei Elektrofahrzeugen für die Verwaltung
- 4.2 . Wahlbezirke Oberasbach - Neueinteilung
- 5 . Anfragen
- 5.1 . Anfrage StR Gerstner
- 5.2 . Weitere Anfrage StR Gerstner
- 5.3 . Anfrage StR Jäger

I. Öffentlicher Teil

Die Vorsitzende, Frau Erste Bürgermeisterin Huber, eröffnet um 19.00 Uhr die Sitzung des Hauptverwaltungsausschusses (HVA) und begrüßt die Ausschussmitglieder, die Presse, Besucher und die Mitarbeiter der Verwaltung.

Sie stellt fest, dass zur heutigen Sitzung ordnungsgemäß geladen wurde. Die Beschlussfähigkeit ist gegeben.

Sie gibt die Tagesordnung bekannt und lässt über diese abstimmen.

Beschluss: einstimmig beschlossen
dafür: 10 dagegen: 0 anwesend: 10

Der Hauptverwaltungsausschuss stimmt der Tagesordnung zu.

TO-Punkt 1:

Genehmigung der Niederschrift der öffentlichen Sitzung Nr. HVA 008/2021 vom 14.06.2021

Beschluss: einstimmig beschlossen
dafür: 10 dagegen: 0 anwesend: 10

TO-Punkt 2:

I/0195/2021

(Vor-)Beratung des Antrags der CSU-Fraktion auf Erlass einer Verordnung nach Art. 30 Abs. 1 LStVG

Sachverhalt:

Frau Huber bittet Herrn Schramm den Antrag der CSU-Fraktion vom 19.08.2021 vorzustellen. Herr Schramm sieht die Notwendigkeit einer Verordnung insbesondere um die Entwicklung auf dem „Platz für Alle“ zu stoppen. Dies betrifft unter anderem die Müllproblematik. Es liegen nach den Wochenenden sehr viel Glasscherben durch zerschlagene Flaschen überall herum und gefährden andere. Aber auch der Alkoholkonsum, der im August letztlich zu einer Schlägerei und einem größeren Polizei Einsatz geführt hat, ist ein weiteres Problem. Deshalb hält er es für wichtig, seitens der Stadt ein deutliches Signal zu setzen, dass man dies nicht duldet. Die derzeit vorhandenen Satzungen auf der Grundlage des bayerischen Straßen- und Wegegesetzes hält er für nicht ausreichend. Eine Verordnung nach dem LStVG würde mehr Rechtssicherheit geben, dagegen vorgehen zu können. Diese soll dazu dienen, Gefahren präventiv abzuwehren und natürlich auch abschreckend wirken, bevor es vielleicht zu weiteren Straftaten und Körperverletzungen oder möglicherweise zu noch schlimmeren Folgen kommt.

Herr Schikora erklärt, dass er grundsätzlich nichts dagegen hat, hier als Stadt tätig zu werden und ein Signal zu senden. In einem persönlichen Gespräch mit der Polizei habe er allerdings den Eindruck erhalten, dass es weniger ein Satzungsproblem als ein Durchsetzungsproblem ist. Die Polizei wird gerufen, kommt und kontrolliert und wenn sie nicht mehr präsent ist, geht es anschließend weiter wie vorher. Trotzdem plädiert er für einen Prüfauftrag an die Verwaltung, um zu klären, ob die derzeitigen Satzungen nicht aktuell oder ausreichend genug sind. Dennoch sollte diese Prüfung auch noch von weiteren Maßnahmen begleitet werden. Er könnte sich vorstellen, dass auf dem Platz mehr Veranstaltungen organisiert werden, damit bereits eine anderweitige Nutzung und Belebung erfolgt. Zu überlegen wäre auch die Wiederbelebung der aufsuchenden Jugendsozialarbeit.

Auch eine andere Anordnung der Pflanzkübel, um den Platz für das Kreisfahren unattraktiv zu machen, könne er sich als Maßnahme vorstellen. Ein großes Problem sieht er jedoch insbesondere in einer zügigen Reinigung des Platzes nach großen Verunreinigungen. Deshalb hält er es ebenfalls für wichtig, die ohnehin beschlossene Videoüberwachung in der Tiefgarage zügig zu realisieren, gerade nachdem er festgestellt hatte, dass Flaschen die dort standen, auch noch am Tag mutwillig auf der Treppe zerbrochen worden sind. Insgesamt betrachtet hält er einen Prüfauftrag an die Verwaltung für sinnvoll.

Herr Jäger sagt, dass die Problematik sehr komplex ist und zumindest in der Vergangenheit ein Großteil derjenigen Personen die sich in Oberasbach treffen, gar nicht aus Oberasbach kamen. Auch sieht er grundsätzlich das Problem, dass den Jugendlichen Raum fehlt, wo sie sich treffen können. Er hätte sich außerdem gewünscht, dass jemand von der Jugendsozialarbeit und der Polizei für Fragen in der Sitzung anwesend ist. Er sieht auch in der Art und Weise wie der Platz aufgebaut ist noch Optimierungsbedarf, eventuell können noch zusätzliche Bäume aufgestellt werden. Insbesondere beklagt er jedoch den Mangel an Mülleimern. Zumindest sollte getestet werden, ob die Aufstellung von Mülltonnen zu einer Verbesserung der Situation führt. Aus seinem Gespräch mit dem Leiter der PI Stein in der letzten Stadtratssitzung war abzuleiten, dass die Situation in Oberasbach der PI Stein offensichtlich nicht bekannt ist. Oberasbach sei zwischenzeitlich zum Haupttreffpunkt der Auto Tuning Szene geworden und die PI Stein scheint nicht in der Lage zu sein, durch verstärkte Kontrollen dafür zu sorgen, die Situation zu beruhigen. Er regt an, in der Angelegenheit gemeinsam als Stadtrat an den Innenminister zu schreiben und Unterstützung bei der Beseitigung der Probleme einzufordern. Er hält generell eine stärkere Polizeipräsenz für erforderlich.

Herr Kißlinger hält die Schaffung von alternativen Treffpunkten für sinnvoll. Vermutlich reicht die Personalausstattung der PI Stein auch nicht aus, um alle Brennpunkte in ihrem Zuständigkeitsbereich umfassend zu betreuen

Herr Laaß weist darauf hin, dass es extra Unterstützungseinheiten bei der Polizei gibt, die für zusätzliche Kontrollaktionen seines Erachtens angefordert werden könnten, um den Treffpunkt Oberasbach, insbesondere für die Tuning Szene, unattraktiv zu machen. Er sieht den CSU-Antrag als einen Baustein von einem Bündel von Maßnahmen, begrüßt auch die bereits angesprochenen Maßnahmen zur Verbesserung der Situation. Er ist jedoch skeptisch, ob die jungen Erwachsenen durch einen Sozialarbeiter zu erreichen sind.

Herr Schramm möchte nach dem Gehörten eine Modifizierung des Antrages wie folgt vornehmen:

Die Verwaltung erhält einen Prüfauftrag für den Erlass einer sicherheitsrechtlichen Verordnung auf der Grundlage des Art. 30 LStVG, unter Berücksichtigung der Entwicklung der Vorschrift und der aktuellen Rechtsprechung.

Herr Fleischmann betont noch einmal, dass es sich bei dieser Verordnung lediglich um einen Teil einer Lösung handeln kann und dies auch entsprechend nach außen kommuniziert wird. Er hält auch die Einschaltung der Jugendsozialarbeit für erforderlich.

Herr Werner hält ebenfalls die Einschaltung der Polizei und der Jugendsozialarbeit für sinnvoll, weil sonst nur eine Verlagerung der Probleme stattfindet.

Frau Huber lässt über den geänderten Beschluss abstimmen.

Die Verwaltung erhält einen Prüfauftrag für den Erlass einer sicherheitsrechtlichen Verordnung auf der Grundlage des Art. 30 LStVG, unter Berücksichtigung der Entwicklung der Vorschrift und der aktuellen Rechtsprechung.

Beschluss: mehrheitlich beschlossen
dafür: 9 dagegen: 2 anwesend: 11

Einführung eines Notdienstes der Stadt Oberasbach

Bei der Stadt Oberasbach wird ein allgemeiner Notdienst eingeführt. Hierfür wird eine Mitarbeiterin/ein Mitarbeiter in Rufbereitschaft gesetzt. Die entsprechenden Haushaltsmittel sind in die Haushalte ab 2022 einzuplanen.

Beschluss: einstimmig beschlossen
dafür: 11 dagegen: 0 anwesend: 11

TO-Punkt 4:**Mitteilungen**

TO-Punkt 4.1:

I/0140/2021/1

Sachstand zum Grundsatzbeschluss zur Beschaffung von zwei Elektrofahrzeugen für die Verwaltung

Zur Kenntnis genommen

TO-Punkt 4.2:

III/0019/2021

Wahlbezirke Oberasbach - Neueinteilung

Zur Kenntnis genommen

Im Zusammenhang mit der Thematik Wahl, spricht Herr Schlichting die Plakatierung der Parteien in Oberasbach an. Den Parteien wurden im Rahmen der Genehmigung der Plakatierung die aktuellen ortsrechtlichen Regelungen diesbezüglich mitgeteilt. Er hat viele Beschwerden über aufgehängte Plakate erhalten, denen er dann nachgegangen ist. Er hat zunächst im Einzelfall nach Überprüfung die Parteien um Abnahme konkreter Plakate gebeten. Nachdem es jedoch zu viele Fälle geworden sind, wurden die Parteien allgemein aufgefordert, ihre Plakatierung hinsichtlich der Einhaltung der Vorschriften zu überprüfen. Nachdem dies jedoch nicht den erhofften Erfolg hatte, ist er gemeinsam mit dem Bauhof rausgefahren und hat viele Straßen im Stadtgebiet befahren und die nicht ordnungsgemäß aufgehängten Plakate entfernt.

TO-Punkt 5:**Anfragen**

TO-Punkt 5.1:

Anfrage StR Gerstner

Herr Gerstner teilt mit, dass am Grünstreifen am D-Platz Büsche mit Dornen angepflanzt worden sind. Da dort jedoch hin und wieder Bälle reinfliegen und dies für die Kinder natürlich nicht so angenehm ist fragt er an, ob hier eventuell noch eine Korrektur möglich ist.

TO-Punkt 5.2:

Weitere Anfrage StR Gerstner

Herr Gerstner fragt an, warum es relativ lange Wartezeiten unter anderem im Passamt gibt und die Bürger teilweise einen Monat auf einen Termin für die Beantragung eines Passes warten müssen und ob man da eventuell noch etwas organisatorisch ändern kann.

Herr Schlichting erläutert, dass die reine Terminvergabe nicht das Hauptproblem ist, aber ein hoher Beratungsbedarf damit verbunden ist, damit dann auch alle erforderlichen Unterlagen beim Termin mitgebracht werden und der Bürger nicht noch einmal kommen muss.

Frau Huber teilt hinsichtlich der Terminvergabe auch mit, dass auch berücksichtigt wird, wie dringlich ein Termin ist, also wann zum Beispiel ein Pass abläuft

TO-Punkt 5.3:

Anfrage StR Jäger

Herr Jäger äußert sich hinsichtlich der fehlerhaften Plakatierung, dass es für die Parteien schwierig ist nachzuvollziehen, an welchen Standorten Fehler gemacht worden sind, damit dies künftig nicht unabsichtlich wieder auftritt.

Herr Schlichting erklärt daraufhin, dass alle abgehängten Plakate per Foto dokumentiert wurden und den betroffenen Parteien zur Verfügung gestellt werden, damit diese nachvollziehen können, welche Plakate wo abgehängt worden sind.

Sämtliche abgenommenen Plakate können im Bauhof abgeholt und natürlich auch wieder ordnungsgemäß aufgehängt werden

Sitzungsende: 20:22 Uhr

Birgit Huber
Erste Bürgermeisterin

Bernd Fürchtenicht
Schriftführer